

Der **BVGer** online

die Internetzeitung für die Mitarbeiter im ÖPNV



7. Jahrgang - Ausgabe Dezember 2015

Infos rund um den Nahverkehr, aus dem Fachbereich und aus der Welt



Foto: Gerd Freitag

„Der BVGer online“ ist ein Informationsblatt im Fachbereich Verkehr Berlin-Brandenburg der Gewerkschaft ver.di
Herausgeber: Landesbezirksfachbereich Verkehr, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

EDITORIAL

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unverkennbar – es ist Weihnachtszeit. Das Wetter lässt das zwar nicht recht erkennen, aber der Einzelhandel legt sich umso mehr ins Zeug, uns die letzten Euronen aus der Tasche zu locken. Wohl dem, der in seiner Familie übereinkam: **wir schenken uns nix** (und dann doch von der Schwiegermutter mit einer Kasserolle in Fasanenform o.ä. bedacht wird).

Das Titelbild ist übrigens nicht gemalt, sondern in der Tat eine Fotografie.

Der Weihnachtsmann im Vordergrund lehnt an einem Laternenfahl vor einem Wandbild auf einer Hauswand. Aufgenommen wurde es in einer Kleinstadt im Brandenburgischen, die zufällig fast genauso viele Einwohner hat, wie die BVG Mitarbeiter.

Und genau jenen Mitarbeitern, die wieder einmal einen kaum zu schätzenden Beitrag zur Daseinsvorsorge unserer Stadt geleistet haben, gilt unser Dank für ihr Engagement in diesem Jahr, verbunden mit den besten Wünschen für die nächsten 12 Monate 2016! Bleibt gesund und aufrichtig!

Dazu haben wir für euch eine neue hoffentlich interessante Ausgabe zusammengestellt, mit vielen wichtigen Informationen und Hinweisen, die sicherlich beachtenswert sind.

Auch in 2016 gilt: BVGer lesen, ist wie dabei gewesen ;-)

Bleibt an den Themen interessiert, bleibt engagiert; doch bevor an Weihnachten der Geschenkeregen auf euch hernieder prasselt und zu Sylvester die Korken knallen, erst mal die letzte BVGer Ausgabe des Jahres 2015 durchstöbern.

Gerd Freitag für die BVGer online Redaktion

Seite 1	Weihnachtsmarktwerbung auf Brandenburgisch – Gerd Freitag
Seite 2	Editorial – Die Redaktion
Seite 3	Das Integrationsamt – GSV/SV
Seite 4/5	Branchenanalyse ÖPNV – Hubert Resch/DGB
Seite 6-9	Nein zu „Prekäre Arbeit“ – Teilnehmer/Soz.Pol. & Demokratie
Seite 10	DGB Report Arbeitshetze – DGB Index „Gute Arbeit“
Seite 11	Rechtsschutz und –beratung – Die Redaktion
Seite 12	Mehr Personal im ÖD – Nina Lepsius/DGB Presse
Seite 13	Wichtige Termine – GPR-V
Seite 14	In eigener Sache – Die Redaktion

Die GSV/SV informieren



2015-12

Das Integrationsamt

Die Gleichberechtigung behinderter Menschen ist in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens zu sichern und im Alltag zu praktizieren. Dazu gehört auch die Teilhabe behinderter Menschen im Arbeitsleben. Um den Arbeitsplatz eines schwerbehinderten Menschen sichern zu helfen, können diesem Personenkreis und Arbeitgebern durch das Integrationsamt persönliche Hilfen und finanzielle Leistungen gewährt werden. Zwei dieser Leistungen sind u. a.:

Der Kündigungsschutz

Die Kündigung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers ist nur mit vorheriger Zustimmung des Integrationsamtes möglich. Vorrangiges Ziel des Integrationsamtes ist eine einvernehmliche Weiterbeschäftigung.

Allgemeine sowie finanzielle Hilfen im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben

Für technische Arbeitshilfen, Fortbildungen, Arbeitsassistenz und auch zum Erreichen des Arbeitsplatzes können über das Integrationsamt finanzielle Hilfen beantragt werden. Die Leistung des Integrationsamtes ist jedoch immer nachrangig.

Die Aufgaben des Integrationsamtes sind im [SGB IX § 102](#) geregelt.

Nähere Details findet Ihr auf der Internetseite des Integrationsamtes <https://www.berlin.de/lageso/behinderung/arbeit-und-behinderung-integrationsamt/>



Gesamtschwerbehindertenvertretung / Schwerbehindertenvertretung der Dienststelle

Fakten erzeugen Meinungen – Meinungen werden zu Fakten

Eine Befragung unter Betriebs- bzw. Personalrät/-innen und Unternehmensvertreter/-innen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Durchgeführt im Rahmen der Branchenanalyse ÖPNV 2015 in Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Autor: Hubert Resch

Ergebnisse einer Befragung von Betriebs- und Personalräten aus Nahverkehrsunternehmen

Thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse

Die deutliche Mehrheit der Arbeitnehmer erwartet für die Zukunft, dass der ÖPNV zunimmt (51%) oder zu mindestens gleich bleibt (24%). Nur ein Fünftel befürchtet einen Rückgang. Dieser Einschätzung steht gegenüber, dass drei Viertel der Befragten der Ansicht sind, die Bürger in ihrer Kommune würden das ÖPNV-Angebot für verbesserungswürdig halten. Nur 10% der Arbeitnehmer im ÖPNV sind der Meinung, dass die Bürger das Angebot als „sehr gut“ ansehen.

Der recht positiven Meinung der Arbeitnehmervertretung über die zukünftige Entwicklung des ÖPNV steht die Einschätzung zur Situation in den Unternehmen nach der Restrukturierung entgegen. Drei Viertel der Befragten beurteilen die Restrukturierung negativ, „weil der Druck auf die Beschäftigten zu groß ist“. Die aktuellen Arbeitsbedingungen werden entsprechend kritisch beurteilt. Knapp 69% der Arbeitnehmervertreter empfinden eine zu hohe Belastung an ihrem Arbeitsplatz. In den Großunternehmen (ab 2001 Beschäftigte), also in den Metropolen und Ballungszentren, sind es sogar 90%.

Besonders der Dienstplanwirkungsgrad, der die Produktivität misst und dessen Steigerung in den letzten Jahren die Unternehmensvertreter als positiv betonen, steht im Mittelpunkt der Kritik.

Wenn 61% der Ansicht sind, die Veränderungen gingen auf ihre Kosten und belasteten nur die Arbeitnehmer und weitere 21% noch etwas radikaler fordern, jetzt müsse aber Schluss sein mit den Verschärfungen, so ist der deutliche Ruf nach Rücknahme der erfolgten Veränderungen zu vernehmen. Unter den übrigen 18%, die die Veränderungen als vertretbar ansehen, begründen 14% diese Haltung damit, weil sie an den Änderungen hätten mitarbeiten können.

Die Arbeitnehmer in den ÖPNV-Unternehmen sehen sich im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen im Nachteil. So haben fast drei Viertel einen Nachholbedarf bei Lohn und Gehalt konstatiert und weitere 14% gaben an, sie hätten zu viele Einbußen hinnehmen müssen. Es sind also nicht nur die Bedingungen am Arbeitsplatz, die den Beschäftigten zu schaffen machen, sondern darüber hinaus sehen sie sich auch materiell im Nachteil zu anderen Wirtschafts- und Industriezweigen.

Aus beiden Faktoren zusammen dürfte sich ein erheblicher Druck auf die zukünftige tarifpolitische Entwicklung ableiten.

Die Arbeitnehmer sehen zudem die finanziellen Zukunftsaussichten des ÖPNV skeptisch. So rechnen 72% in der Gesamtheit und sogar 90% bei den Beschäftigten in den Großunternehmen mit einer Verschlechterung der finanziellen Ausstattung ihres Un-

ternehmens. Genauso kritisch wird die finanzielle Zukunft der eigenen Kommune eingeschätzt.

Diese Ergebnisse stellen sowohl eine Herausforderung an das eigene Unternehmen, als auch an die Verantwortlichen für die Finanzierung des ÖPNV in den Kommunen dar.

Sehr kritisch ist auch die Meinung über die technische Qualität des Angebots. Den Zustand von Betriebsmitteln und Infrastruktur sehen zwei Drittel der Arbeitnehmer als „erneuerungsbedürftig“ (46%) oder sogar als „dringend“ erneuerungsbedürftig (20%) an. Schon als erschreckend kann man es bezeichnen, dass die Beschäftigten in den Großunternehmen sogar zu insgesamt 95% die Ansicht geäußert haben, die technische Ausstattung sei „erneuerungsbedürftig“ (52%) oder „dringend“ erneuerungsbedürftig (43%). Dabei ist noch zu bedenken, dass über 60% der Arbeitnehmer im ÖPNV-Linienverkehr in den Großunternehmen beschäftigt sind. Es ist nicht unbedingt Normalität, dass Arbeitnehmer in dieser Schärfe über das eigene Unternehmen urteilen. In das kritische Bild fügt sich auch die Einschätzung zur Entwicklung der Beschäftigung ein. Immerhin befürchten über ein Fünftel der Arbeitnehmer sinkende Beschäftigtenzahlen im ÖPNV.

Auf der anderen Seite geht ein gutes Viertel von einer Steigerung der Personalzahlen aus. Positiver äußern sich wiederum nur die Arbeitnehmer aus den Großunternehmen. Von ihnen erwarten 43% steigende Beschäftigtenzahlen. In diesem Meinungsbild dürfte sich die zu erwartende Entwicklung widerspiegeln, dass der ÖPNV in den Ballungsgebieten im Verhältnis zu den ländlichen Regionen weiter zulegen wird.

Insgesamt ergibt sich das Bild, dass die Beschäftigten die Zukunft ihrer Unternehmen außerordentlich kritisch sehen, besonders bezüglich der finanziellen Rahmenbedingungen, worunter auch die technische Ausstattung und Infrastruktur leidet.

Die sozialen Folgen der Restrukturierung werden von den Arbeitnehmern als unzumutbar abgelehnt. Es müsse „Schluss sein mit den Verschärfungen!“

Im Mittelpunkt der Kritik stehen die veränderten Dienstpläne. Die schärfste Kritik, sowohl an den Rahmenbedingungen als auch den sozialen Bedingungen, kommt von den Beschäftigten der Großunternehmen in den Ballungsgebieten und Großstädten, die auch die Mehrheit aller Beschäftigten stellen.

More Information?

Fragt eure Vertrauensleute nach der kompletten Studie, oder ruft unter der Angabe des Titels an bei:

Ver.di Bundesverwaltung,

Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Fachbereich Verkehr, Bundesfachgruppenleitung

Straßenpersonenverkehr und Schienenverkehr

Fon: 0 30/69 56-26 50 – Fax: 0 30/69 56-38 49

Versammlung am 5. November im ver.di Haus Berlin

150 Kolleginnen und Kollegen sagen Nein

zur Auslieferung an prekäre Arbeit durch die Politik des SPD/CDU Senats, zu Tariffucht durch Ausgliederung und Privatisierung!

Sie bilden einen gewerkschaftlichen Aktionsausschuss für ihren Kampf!

150 KollegInnen, aus Betrieben und Einrichtungen des Landes Berlin, Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaftsverantwortliche und – sekretäre, KollegInnen aus verschiedenen Fachbereichen von ver.di haben auf ihrer Versammlung am 5. November einmütig und mit Zustimmung anwesender KollegInnen der GEW eine Berliner Erklärung verabschiedet, in der der staatlich organisierten prekären Beschäftigung der Kampf angesagt wird.

Dem Beschluss war eine zweistündige intensive Diskussion vorausgegangen, in der KollegInnen ihre Erfahrungen bei der Organisierung ihres Kampfes dargestellt haben.

„Wir wollen nicht mehr!“ Es war eine eindrucksvolle Bilanz von einem Jahr des gemeinsamen gewerkschaftlichen und politischen Engagements. Selbstbewusst werden in den Beiträgen die Forderungen dargestellt, für die Kollegen mit ihren Gewerkschaften den Kampf führen und weiter führen wollen und deren Erfüllung sie vom SPD/CDU-Senat, d.h. vor allem von der SPD, einfordern

André Pollmann, Leiter des ver.di Fachbereichs 13 (Bildung, Wissenschaft, Forschung und Besondere

Dienstleitungen) betonte in seiner Begrüßung die Einmaligkeit dieser Konferenz: fachbereichsübergreifend und gemeinsam von ver.di mit der GEW, gestützt auf die Initiativen der prekär Beschäftigten in den verschiedensten Betrieben, das hat es so noch nicht gegeben.

Der Berliner Wahlkampf 2016 müsse von den Fragen der prekären Arbeit, von den Gewerkschaften dominiert werden. Denn prekäre Arbeit wird vom Staat organisiert.

Volker Prasuhn, (ebenfalls Fachbereich 13), der für den Kreis der Initiatoren der Versammlung sprach, verwies in seinem Einführungsbeitrag noch einmal auf die Veranstaltung der AfA von vor einem Jahr, von der die Initiative für die Bildung eines regelmäßigen gemeinsamen Treffens der von prekärer Arbeit betroffenen KollegInnen ausging. Diese boten die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und der Koordinierung gemeinsamer Aktionen, wie z.B. zum Landesparteitag der SPD.

„Damals erhielten zum ersten Mal die Beschäftigten in dieser Form das Wort. In zahlreichen Beiträgen wurde die unerträgliche Situation beschrieben.“ Die drei Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters haben

sich nach diesen dramatischen Schilderungen gegen prekäre Beschäftigung ausgesprochen, aber das blieb im politischen Handeln folgenlos. Dennoch war es keine folgenlose Veranstaltung. „Wir haben uns monatlich getroffen, Forderungen diskutiert und präzisiert, sowie zahlreiche gemeinsame Aktionen gemacht, Öffentlichkeit hergestellt. Damit haben wir die staatlich organisierte prekäre Beschäftigung zu einem Thema in Berlin gemacht.“ Er schilderte, dass sich Betriebsgruppen und Tarifkommissionen gebildet haben, dass Betriebsräte aufgebaut wurden, gemeinsam mit Verantwortlichen der Gewerkschaften. Er betonte, dass es auch eine Erfahrung ist, dass die prekär Beschäftigten, die vielfach nur befristet angestellt sind, „die gesamte Gewerkschaft brauchen, die gewerkschaftliche Organisation der gesamten Belegschaft, um ihre Forderungen durchsetzen zu können.“

Diese KollegInnen aus den Betrieben und Einrichtungen zeigten mit ihren Berichten und Schilderungen über die Unterschiedlichkeit der Situation vor Ort hinweg: sie alle verbindet der Wille, dass Schluss sein muss mit prekärer, tarifloser Beschäftigung, die in allen Fälle auf politische Entscheidungen des Senats zurückgeht; sie wollen keine Ausgründungen mehr hinnehmen. Ihren Widerstand wollen sie mit ihren Gewerkschaft organisieren.

In einem von Verantwortlichen der AfA unterzeichneten Beitrag, der auf der Versammlung vorlag, hieß es, dass von SPD Verantwortlichen argumentiert werde, die Haushaltslage mache unter dem Gebot der Schuldenbremse

die Tarifflicht durch Ausgründungen und Privatisierungen unausweichlich. Damit aber werde die Entstehung eines breiten öffentlichen Niedriglohsektors gefördert.

Um das Recht auf die öffentliche Daseinsvorsorge für alle ArbeitnehmerInnen zu garantieren, und das gelte uneingeschränkt auch für die Flüchtlinge, die in Berlin leben, wohnen und arbeiten werden, muss das Diktat der Schuldenbremse durchbrochen werden.

Rolf Wiegand, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates in der BSR und stellvertretender Landesvorsitzender von ver.di Berlin-Brandenburg, führte am Beispiel der BSR (Berliner Stadtreinigung) aus, dass sich der Kampf in diesem zu 80 % gewerkschaftlich organisierten Betrieb darauf konzentriert habe, keine Privatisierung zuzulassen, die Mitbestimmung und den TVöD zu verteidigen. „Nur mit dem Flächentarifvertrag sind wir in der Lage unser öffentliches Unternehmen zu verteidigen. - Und weil wir uns darauf konzentriert haben, haben wir heute noch den TVöD.“ Trotz der vielen Einschnitte, die es auch gegeben habe.

Roland Tremper, stellvertretender Landesgeschäftsführer von ver.di verwies darauf, dass das Gros der ArbeitnehmerInnen im Öffentlichen Dienst inzwischen prekär beschäftigt ist.

Die Arbeitsüberlastung ist unermesslich. Er verwies gleichzeitig darauf, dass die Verordnung des „Sparens bis es quietscht“ unter dem rot-roten Senat begann. Der Zusammenbruch beim

Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) angesichts der Flüchtlingswelle sei nicht die Verantwortung der völlig überarbeiteten KollegInnen, es ist das Ergebnis dieser Politik des Kaputtsparens. Er nannte als Beispiel den Streik der KollegInnen bei der Charité für eine tarifvertragliche Regelung der Personalbemessung. Das hat es noch nie gegeben, dass die Beschäftigten über die Anzahl der Beschäftigte mit dem Arbeitgeber verhandeln wollen.

Reiner Hansel, Leiter des Vorstandsbereich Hochschulen und Lehrerinnenbildung und Mitglied des GEW-Vorstands Berlin, verwies darauf, dass es sogar gesetzliche Regelungen des Wissenschaftsministeriums gibt, die Tarifverträge für unzulässig erklären. Es sind politische Forderungen, die wir stellen und das ist richtig so. Entweder es wird politisch entschieden, weiterhin tarifvertragsfreie Zonen zu forcieren, oder es wird politisch entschieden, überall Tarifbindung einzuführen. Diese Frage müssen wir in die Wahlen im nächsten Jahr einbringen.

Gotthard Krupp stellte für die Initiatoren der Veranstaltung den Vorschlag für eine Berliner Erklärung vor.

Jeder spricht allgemein vom notwendigen Kurswechsel - vom Stopp der zerstörerischen Sparpolitik.

Aber Kurswechsel, das ist der Tarifvertrag für die CFM; Kurswechsel, das ist die Auflösung der Vivantes Tochter Therapeutische Dienste GmbH, das ist die Aufhebung prekärer Beschäftigung in den landeseigenen Betrieben.

Diesen Kurswechsel werden wir einfordern.

Er verwies auf die Forderung in der Erklärung: „Gegen Tariffucht brauchen wir unser uneingeschränktes Streikrecht, vor allem die Möglichkeit des Streiks gegen Auslagerung und Fremdvergabe. Dieses Recht wird uns mit dem Argument abgesprochen, dass das Streikrecht an Tarifverhandlungen gebunden sei. Aber wieso sind wir bei Tariffucht handlungsunfähig? Das Beispiel der Kollegen von der Post zeigt: Wir müssen uns mit den Gewerkschaften das Streikrecht bei Tariffucht holen.“

Bildung eines gewerkschaftlichen Aktionsausschuss

Die Versammlung beschloss die Bildung eines gewerkschaftlichen Aktionsausschusses, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Betriebe und Einrichtungen, Betriebsgruppen, Mitglieder von Tarifkommissionen, Verantwortliche der Fachbereiche und der Vorstandsgremien von ver.di und GEW ihren Platz einnehmen sollen.

Dieser gewerkschaftliche Aktionsausschuss soll helfen, im Kampf gegen die prekäre und tariffreie Arbeit gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen oder zu stärken; einen regelmäßigen Informationsaustausch über die verschiedenen Aktivitäten gegen ungesicherte und tariflose Arbeitsverhältnisse ermöglichen...

Konkret wurde vorgeschlagen, dass ver.di, gemeinsam mit den KollegInnen aus den Ämtern, Schulen, Krankenhäusern usw. eine Demonstration/Kundgebung organisiert gegen die Kaputtsparpolitik, für das Recht für alle

auf Öffentliche Daseins-vorsorge, vollständig finanziert aus dem öffentlichen Haushalt, und auf einen tarifvertraglich geschützten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz.

Das soll verbunden werden mit der Anmeldung einer Delegation zum Regierenden Bürgermeister Michael Müller sowie zu den Fraktionen im Abgeordnetenhaus. Wir wenden uns (zum Beispiel über die AG Migration) an Spre-

cher/Vertreter der Flüchtlinge, sich in diese Aktivitäten zu integrieren.“

Als eine erste gemeinsame Aktion soll eine Kundgebung vor dem SPD-Landesparteitag am 14. November stattfinden, um von den Delegierten die Umsetzung ihrer eigenen Beschlüsse einzufordern

Ein erstes Treffen des Aktionsausschusses ist am 23. November 2015 geplant.

Bericht erstellt von den TeilnehmerInnen der Versammlung

Quelle: SOZIALE POLITIK & DEMOKRATIE NR. 349 VOM 12. November 2015

Die Zahl des Monats!

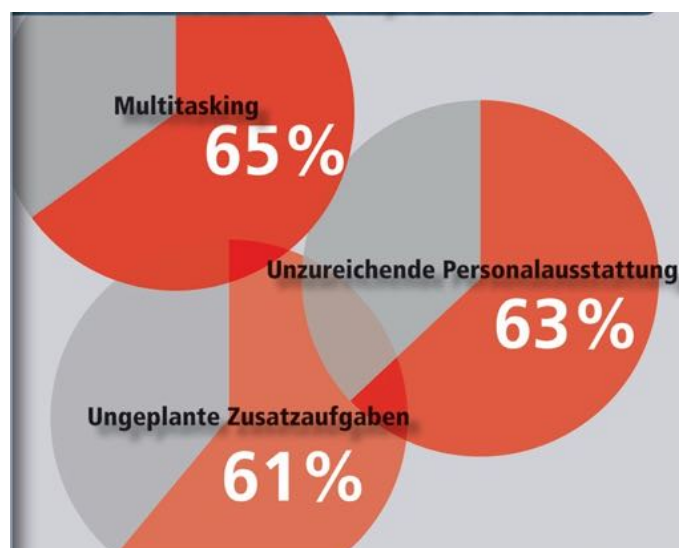
20,6 %

**der Bevölkerung in Deutschland
– das sind 16,5 Millionen Menschen –
waren 2014 von Armut oder sozialer Ausgrenzung
bedroht.**

**Das sind über 300.000 mehr als im Jahr 2013.
EU-weit gilt fast ein Viertel der Bevölkerung als arm
(24,4 % im Jahr 2014).**

Quelle: Statistisches Bundesamt 2015

Arbeitshetze – die Top 3 der Ursachen



DGB Index – Gute Arbeit - Der Report 2015

Wie die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen in Deutschland beurteilen
Mit dem Themenschwerpunkt:
Multitasking, unzureichende Personalausstattung, Arbeit ohne Pause –
Profilmerkmale der Arbeitshetze

Arbeitshetze - Ausmaß und Ursachen

52 Prozent der Beschäftigten in Deutschland müssen bei der Arbeit sehr häufig oder oft hetzen – Multitasking und unzureichende Personalausstattung sind in ihren Augen die Hauptursachen für den Zeitdruck.

Arbeitshetze durch Multitasking

65 Prozent der gehetzt Arbeitenden führen Multitasking als Ursache für den Zeitdruck an – ihre Arbeitsqualität liegt in zehn von elf Kriterien und dabei zum Teil erheblich unter dem Durchschnitt.

Arbeitshetze durch unzureichende Personalausstattung

Wo aufgrund von personeller Unterausstattung gehetzt werden muss, herrschen unter allen Qualitätskriterien – zum Teil gravierend – schlechtere Arbeitsbedingungen als für den Durchschnitt der Beschäftigten.

Pausenlos arbeiten

Auslassen oder Verkürzen von Arbeitspausen -32 Prozent der Beschäftigten tun das sehr häufig oder oft- gehört zu den Merkmalen einer deutlich unter dem Durchschnitt liegenden Arbeitsqualität.

More Information? Den kompletten Bericht, mit allen Graphiken und Tabellen, bekommt ihr hier:

Institut DGB-Index Gute Arbeit
 Henriette-Herz-Platz 2
 10178 Berlin
 Telefon 030 - 240 606 02
index-gute-arbeit@dgb.de
www.dgb-index-gute-arbeit.de

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da uns doch immer wieder mehrere Nachfragen erreichen, wie der Ablauf bei ver.di ist, wenn jemand Sozialrechtsschutz (z.B. bei Widersprüche wegen Rente) braucht, hier noch einmal die

Info:
 Es ist nicht notwendig sich bei ver.di zu melden, man kann sich sofort mit dem DGB telefonisch in Verbindung setzen und einen Termin vereinbaren.

<p>Deutscher Gewerkschaftsbund</p> <p>DGB-Rechtsschutz GmbH Büro Berlin Genthiner Straße 35 10785 Berlin</p>	<p>Anmeldung / Empfang</p> <p>Kollegin Boldt</p> <p>Tel. 30 86 86 - 0</p>
<p>U-Bahn: Kurfürstenstraße</p>	<p>E-Mail: Berlin@dgbrechtsschutz.de</p>
<p>Öffnungszeiten</p> <p>Montag, Mittwoch, Donnerstag Dienstag Freitag</p>	<p>8.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr 8.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 17.30 Uhr 8.00 - 12.30 Uhr</p>

DGB fordert für Berlin:

Mehr Personal im öffentlichen Dienst und Perspektive bei der Beamtenbesoldung bis 2017

„Der Berliner Innensenator wirkt hilflos angesichts der dramatischen Personalnot, die inzwischen in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes von Berlin zu beobachten ist“, kommentiert die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, ein aktuelles Gesetzgebungsvorhaben, mit dem die Reaktivierung von bereits pensionierten Beamten erleichtert werden soll. „Jahrelang konnte der Senat Beschäftigte des öffentlichen Diensts nicht früh genug durch den Ruhestand loswerden. Hauptsache die Personalkostenquote sinkt. Jetzt ist die Personalnot so groß, dass sogar Pensionäre und Rentner wieder zurückgeholt werden müssen“, kritisiert Zinke die kurzfristige Politik der vergangenen Jahre. „Die Beschäftigten des LAGeSo arbeiten seit Monaten unter zum Teil unzumutbaren Zuständen weit über ihre Belastungsgrenzen hinaus, um den Flüchtlingen zu helfen. Eine Entlastung der Beschäftigten begrüßen wir daher ausdrücklich. Aber das Stopfen von Personallöchern im LAGeSo mit Beschäftigten aus anderen Dienststellen oder Pensionären und Rentner kann allenfalls eine kurzfristige Übergangslösung sein“, so Zinke weiter.

Der DGB fordert für Berlin eine strategische Personalbedarfsplanung, die sich an den notwendigen Aufgaben orientiert und dabei sowohl den altersbedingten Personalabgang als auch den zusätzlichen Personalbedarf durch die wachsende Stadt berücksichtigt. Ein Personalgewinnungskonzept müsse auch eine bessere Bezahlung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einschließen. Bei der Beam-

tenbesoldung ist Berlin bundesweit Schlusslicht. Berlin brauche daher (analog zum Tarifbereich) einen verbindlichen Fahrplan zur Schließung der Besoldungslücke bis 2017.

Der derzeitige Personalnotstand in weiten Teilen der Berliner Verwaltung sei ein überwiegend „hausgemachtes“ Problem, das vor allem auf den Jahrzehnte andauernden Personalabbau zurückzuführen sei, so der DGB. „Tatsache ist, dass wir bereits seit längeren eigentlich einen höheren Personalbedarf in Berlin haben. Die schlechte Personalausstattung ist durch die stark gestiegene Zahl von Asyl- und Schutzsuchenden nur überdeutlich zu Tage getreten“, sagte die DGB-Vorsitzende weiter. Die vielfach zu dünne Personaldecke lasse sich nicht mehr länger durch Mehrarbeit und Engagement der Kolleginnen und Kollegen kompensieren. Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen in ausreichender Quantität und guter Qualität seien bereits alltäglich, wie das Beispiel der Bürgerämter klar belege. Der DGB hatte bereits im November 2013 auf die dramatische Personalsituation im öffentlichen Dienst von Berlin hingewiesen und mit dem DGB-Positionspapier *„Verlässliche öffentliche Dienstleistungen für die Menschen in Berlin – Vom Personalabbau zur Personalgewinnung“* konkrete Maßnahmen eingefordert.

Link zum DGB-Positionspapier:
<https://berlin-brandenburg.dgb.de/presse/++co++bb740062-42f0-11e3-9725-00188b4dc422>

Wichtige Termine

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für dieses Jahr haben wir noch zwei wichtige Themen, die beachtet werden sollten:

Steuervergütung nach dem Einkommenssteuergesetz (Kindergeld) Steueridentifikationsnummer (Steuer-ID) Kind

Im Juli haben alle betroffenen Beschäftigten ein Schreiben vom Entgeltservice für die Mitteilung der Steuer-ID von eurem/euren Kind/Kindern erhalten. Um die reibungslose Weitergewährung des Kindergeldes ab dem 01.01.2016 zu gewährleisten, muss die Steuer-ID bis zum 20.12.2015 dem Entgeltservice vorliegen. Wer betroffen ist und noch nicht geantwortet hat, sollte auf die Abgabefrist achten. Sonst wird das Kindergeld ab dem 01.01.2016 nicht mehr weiter gezahlt.

Dienstkleidung

Bitte denkt an die rechtzeitige Bestellung neuer Dienstkleidung vor dem Jahreswechsel. Laut der Dienstvereinbarung „Trageordnung für Dienstkleidung“ (DV 20/2012) können die übrig gebliebenen Wertpunkte nur in Höhe von maximal 20% der Gesamtwertpunkte in das nächste Kalenderjahr übertragen werden. Sollte Dienstkleidung kurz vor dem Jahreswechsel nicht vorhanden sein, so kann diese dennoch bestellt und sofort dem Wertpunktekonto abgezogen werden.

Euer GPR-V

Redaktion: Der Vorstand des Gesamtpersonalrates der BVG AöR

In eigener Sache

„BVGer online“ - als Newsletter

Zum Bestellen bitte eine Mail an: bvger-online-exklusiv-subscribe@lists.verdi.de
Weiter Angaben sind nicht nötig. Ein Betreff ist nicht notwendig.

Zum Abbestellen eine Mail an: bvger-online-exklusiv-unsubscribe@lists.verdi.de
Bei BVG-Emailadressen funktioniert eine Anmeldung nur bei ...@bvg.de.
Bei ...@berlin.bvg.de besteht keine Möglichkeit.

.....

Liebe Leserinnen und Leser,

wer schon immer mal was schreiben wollte und dies allen kundtun will, kann dies an unsere Redaktion über folgende Mail-Adresse tun:

Redaktion-bvger-online@verdi.org Über Hinweise, Verbesserungen, Vorschläge, Leserbriefe (auch von außerhalb der BVG und BT) usw. würden wir uns freuen.

Die Bearbeitung wird dann zeitnah erfolgen. Da wir alle ehrenamtlich arbeiten, kann es schon mal länger dauern. Wir bitten um etwas Geduld.

Die Mitglieder
der AG des „BVGer online“

Impressum:

„Der BVGer online“ ist ein kostenloses Informationsblatt im Landesbezirksfachbereich Verkehr Berlin-Brandenburg der Gewerkschaft ver.di, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jens Gröger; Redaktion: Gerd Freitag, Frank Latuschek, Temporäre Bildberichterstattung: Reinald Vogt

Technische Betreuung der Ausgabe und des Mailservers: Frank Latuschek und weitere.

Mitteilungen an: Fax: 030/8866-5940 oder Redaktion-bvger-online@verdi.org

(zur Zeit wegen Personalmangels leider keine Bearbeitung von eingehender Post möglich)

Mit Namen gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Arbeitsgruppe dar. Die AG behält sich vor, eingehende Artikel gegebenenfalls zu kürzen. Für unverlangt eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden.

Bilder: Durch das Einsenden an die AG des -- BVGer online -- erklärt der Absender sämtliche Rechte an dem Bild zu besitzen. Er erteilt der AG alle Rechte zu jeder Veröffentlichung. Ein Entgelt wird nicht bezahlt

Hinweis für alle Links in diesem Dokument:

Mit dem Urteil vom 12. Mai 1998 hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass durch die Erstellung eines Links die Inhalte der gelinkten Seite ggf. mit zu verantworten sind. Dies kann nur dadurch verhindert werden, dass man sich ausdrücklich von diesen Inhalten distanziert - so das LG HH.

Wir haben auf unseren Seiten Links zu anderen Seiten im Internet erstellt. Wir möchten ausdrücklich betonen, dass wir auf den Inhalt dieser "fremden Seiten" auf Text, Darstellung usw. keinerlei Einfluss haben.

Deshalb distanzieren wir uns von allen gelinkten Seiten unseres Dokumentes.

Wir erklären hiermit ausdrücklich, dass zum Zeitpunkt der Linksetzung keine illegalen Inhalte auf den zu verlinkenden Seiten erkennbar waren. Für illegale, fehlerhafte und/oder unvollständige Inhalte und insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haften allein die Anbieter der Seite(n), auf die verwiesen wurde(n), nicht derjenige, der über Links lediglich auf die entsprechende Information veröffentlicht.